

---

# Marxistische Krisentheorie, die aktuelle Krise und Corona

---

Bildungszeitung der SDAJ

#1 / 2020

The logo for SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) is displayed in a large, bold, grey font, tilted upwards from left to right. A five-pointed star is positioned above the letter 'J'.

**SDAJ**

## **Einleitung**

Seit einigen Monaten ist in den Zeitungen immer wieder von der größten Wirtschaftskrise seit 1929 die Rede. Die Banken und Konzerne kündigen massenhafte Stellenstreichungen an, die Zahl der Ausbildungsplätze sinkt deutlich, prekäre Jobs wurden oft bereits im März gekündigt. Die angebliche Ursache? Corona. Allerdings kündigte der BDI schon Ende letzten Jahres, lange vor dem Lockdown, kommende Absatzschwierigkeiten an und forderte großangelegte Konjunkturprogramme.

Tatsächlich sind regelmäßige Krisen im Kapitalismus nichts Neues, es gibt sie seit Beginn des Kapitalismus. Was die Ursachen dieser Krisen sind, wie die aktuelle Krise einzuschätzen ist und was das alles mit Corona zu tun hat, darum soll es in dieser Bildungszeitung gehen.

Der erste Text behandelt die Grundlagen marxistischer Krisentheorie und geht dabei auf den Grundwiderspruch des Kapitalismus, auf die Überwindung von Krisen sowie auf den Krisenzyklus ein. Im zweiten Text geht es darum, wie sich kapitalistische Krisen seit den Anfängen des Kapitalismus, im Imperialismus, verändert haben und was das alles mit der sogenannten allgemeinen Krise des Kapitalismus zu tun hat. Damit sind die Grundlagen zur Bewertung der aktuellen Wirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen gelegt, die im letzten Text behandelt werden. Dabei wird auch auf die Rolle der Corona-Pandemie eingegangen. Zwei Kästen zum Thema Finanzspekulation und Sozialpartnerschaft ergänzen die Texte.

Also: Viel Spaß beim Lesen und Diskutieren! Die Auswirkungen und Ursachen der Krise lassen sich schließlich dann am besten bekämpfen, wenn wir ein klares Bild davon haben, wie es zu solchen Krisen kommt.

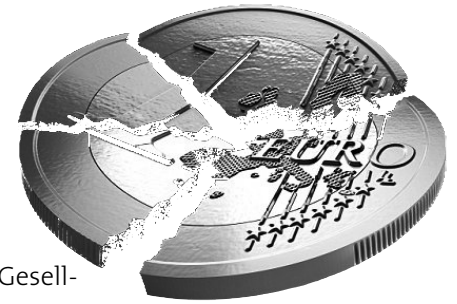
## **Gebrauchsanweisung**

Diese Bildungszeitung hat im Gegensatz zu anderen Zeitungen einen entscheidenden Nachteil: Es reicht nicht aus, sie einfach nur zu lesen. Die Bildungszeitung hat nur dann einen Nutzen, wenn ihr sie lest und dann gemeinsam Fragen formuliert. Und damit nicht genug. Die Bildungszeitung hat erst dann ihren Zweck, wenn ihr eure Fragen und Antworten auf die heutige Zeit bezieht und in den Gruppen über die Aktualität des Themas diskutiert.

Die Bildungszeitung kann entweder an einem Wochenendseminar oder auf drei Bildungsabenden diskutiert werden. Die Texte könnt ihr anhand der Werkzeug- und Diskussionsfragen diskutieren: Sie sollen euch helfen, die Inhalte des Textes zu verstehen und noch einmal prägnant zusammenzufassen (Werkzeugfragen) und die Texte anhand eurer Erfahrungen zu diskutieren, euch mit den Bildungszeitung auseinanderzusetzen und sie für eure Aktivitäten nutzbar zu machen (Diskussionsfragen).

## Text 1: Grundlagen

### marxistischer Krisentheorie



Seit Anfang des 19. Jahrhunderts und damit seit der Entstehung der maschinellen Großindustrie kommt es zu regelmäßigen, periodischen Wirtschaftskrisen. Anders als in allen bisherigen Krisen handelt es sich bei diesen kapitalistischen Krisen aber nicht um Krisen aufgrund von Missernten, Überschwemmungen oder Naturereignissen, die zu Mangel führen, sondern um Überproduktionskrisen. Das bedeutet: Nicht, weil zu wenig produziert wird, kommt es zu Krisen – sondern, weil zu viel produziert wird. Diesen Widerspruch brachten Marx und Engels bereits 1848 im Manifest der kommunistischen Partei auf den Punkt:

„In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der

Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt.“ (MEW, Band 4, S. 468)

Um zu verstehen, wie es tatsächlich zu diesem scheinbar unerklärlichen Phänomen der regelmäßig auftretenden Überproduktionskrisen kommt, müssen wir uns die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft etwas genauer anschauen.

## Der Grundwiderspruch des Kapitalismus

Im Kapitalismus sind die Produktionsmittel – also die Maschinen, Werkzeuge und Fabriken –, die in den Händen der Kapitalisten konzentriert sind, von den Arbeitern, den eigentlichen Produzenten, getrennt. Während die Kapitalisten die Unternehmen besitzen und allein von der Ausbeutung der Arbeitskraft anderer leben können, besitzen die Arbeiter nichts als eben diese Arbeitskraft. Die Arbeiter sind dazu gezwungen, diese an die Kapitalisten verkaufen, um im Austausch dafür Lohn, also Geld zum Kauf ihrer Existenzmittel, zu erhalten.

Im Laufe der Entwicklung des Kapitalismus erlangt die Produktion immer mehr gesellschaftli-

chen Charakter. Das heißt, sie funktioniert nur durch das arbeitsteilige Zusammenwirken sehr vieler Arbeiter. Die Produktion, die Produkte, werden aber von den Eigentümern der Produktionsmittel, von den Kapitalisten, privat angeeignet. Also: Obwohl gesellschaftlich produziert wird, eignen sich wenige Kapitalisten die Produktion an. Diesen Widerspruch nennen Marxisten den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung oder auch den Grundwiderspruch des Kapitalismus. Dieser unversöhnliche Widerspruch ist auch die Grundlage dafür, dass die Arbeiter im Kapitalismus durch die Kapitalisten ausgebeutet werden. Aber das

wird an anderer Stelle näher diskutiert (siehe SDAJ-Grundlagenschule, Abschnitt politische Ökonomie).

Weil die Produktionsmittel und Produkte im Besitz einzelner Kapitalisten sind, planen diese die Produktion immer nur für ihr eigenes Unternehmen. Dabei versuchen sie, möglichst viel Profit zu erreichen. Und das müssen sie auch: Nur wenn sie ihren Profit maximieren, können sie neue und bessere, effizientere Maschinen kaufen und damit mit ihren Konkurrenten, den anderen Kapitalisten, mithalten. Tun sie dies nicht, so laufen sie Gefahr, im Konkurrenzkampf unterzugehen. In dieser Jagd nach Profiten schöpfen die Kapitalisten alle möglichen Mittel aus. Sie senken die Löhne um ihre Profite zu steigern. Oder sie erneuern ihre Produktionsmittel, kaufen beispielsweise neue Maschinen, mit denen mehr Produkte in der gleichen Zeit hergestellt werden können. Jeder einzelne Kapitalist hat ein Interesse daran, seine Produktion zu erweitern, höhere Warenmengen herzustellen und die Löhne zu senken. Eine gesamtgesellschaftliche Planung der arbeitsteiligen Produktion gibt es dabei nicht. Das Privateigentum an Produktionsmitteln schließt jede gesellschaftliche Planung aus, weil die Kapitalisten in Konkurrenz zueinanderstehen und jeder für sich selbst möglichst große Profite machen muss. Marxisten sprechen hier von dem Widerspruch zwischen Anarchie der Produktion auf gesamtgesellschaftlicher Ebene bei gleichzeitiger Organisation und Planung der Produktion im einzelnen Unternehmen. Dieser Widerspruch ist Folge und Ausdruck des Grundwiderspruchs des Kapitalismus: Weil die Produkte und Produktionsmittel im Besitz einzelner Kapitalisten sind, wird trotz gesellschaftlicher Produktion in riesigen Fabriken nicht gesellschaftlich geplant. Der einzelne Kapitalist plant, aber nur für sich, und innerhalb einer nicht organisierten Wirtschaft.

Die Kapitalisten erweitern ihre Produktion also immer weiter und werfen immer mehr Waren auf den Markt. Da sie in einem Konkurrenzverhältnis zu den anderen Kapitalisten stehen, sprechen sie sich dabei aber nicht mit ihnen über die Gesamtmenge und Art der zu produzierenden Waren ab. Stattdessen zwingt sie die kapitalistische Produktionsweise dazu ihre Konkurrenten zu übertrumpfen, günstigere, bessere, vollkommene und mehr Produkte auf den Markt zu bringen und ihren eigenen Profit so weit wie möglich zu maximieren. Gleichzeitig müssen sie versuchen, die Löhne der Arbeiter zu drücken und entlassen Arbeiter, die wegen der neuen, effizienteren Maschinen überflüssig geworden sind. Auch hier ist ihr Ziel, ihre Profite zu steigern – diesmal direkt auf Kosten der Arbeiter. Daraufhin sinkt die Kaufkraft im Verhältnis zu den immer gigantischer werdenden Warenmassen, die mit den Produktionsmitteln hergestellt werden können. Infolgedessen stößt die Erweiterung der Produktion unweigerlich auf die engen Schranken des Konsums der Bevölkerungsmassen. Die Kapitalisten können ihre Produkte nicht mehr absetzen, es gibt keine kaufkräftige Masse, die sie kaufen könnte, es kommt zur Krise – weil zu viel produziert wurde. Auf der einen Seite bleiben die Kapitalisten auf ihren Produkten sitzen, gehen reihenweise pleite, der Konkurrenzkampf verschärft sich. Auf der anderen Seite steigt die Arbeitslosigkeit, die Massen können ihre grundlegenden Bedürfnisse nicht mehr befriedigen, leben unter elenden Bedingungen. Die kapitalistischen Überproduktionskrisen sind dabei keine absoluten, sondern relative Überproduktionskrisen. Das bedeutet, dass ein Warenüberschuss nur in Bezug auf die zahlungsfähige Nachfrage besteht, keineswegs jedoch in Bezug auf die wirklichen Bedürfnisse der Gesellschaft. Im Gegenteil: Während die Waren nicht abgesetzt werden können,

werden zum Teil selbst die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerungsmassen nicht befrie-

digt, weil diese über zu wenig Geld verfügen, um sich die nötigen Waren zu kaufen.

## **Die Überwindung von Krisen**

Wie gelingt es nun, die Krise zu überwinden, die relative Überproduktion abzubauen und wieder zur „normalen“ kapitalistischen Produktion und Konsumption überzugehen? Werfen wir dazu noch einmal einen Blick ins kommunistische Manifest:

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie [die Kapitalistenklasse, Anmerkung des Autors] die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ (MEW, Band 4, S. 468)

Schauen wir uns dieses Zitat noch einmal genauer an. Marx und Engels benennen hier zwei Möglichkeiten, wie Überproduktionskrisen durch die Kapitalistenklasse überwunden werden können. Erstens kann dies durch die „Vernichtung einer Masse von Produktivkräften“ erreicht werden, indem die Krise ihrer reinigenden Funktion nachkommt. Das meint die Stilllegung von Fabriken und Betrieben, die Vernichtung vieler Existenzen. Dazu zählt auch die Nicht-Inanspruchnahme eines Teils der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte, die sich in einer Zunahme der Arbeitslosigkeit ausdrückt. Mit dem durch die Krise verschärften Konkurrenzkampf zwischen den Kapitalisten und dem Pleitegehen zahlreicher Unternehmen nimmt der gesellschaftliche Charakter der Produktion zu, die Arbeiter werden in immer

weniger Unternehmen konzentriert. Währenddessen verschärft sich die private Aneignung ebenfalls weiter und beschränkt sich nunmehr auf noch weniger Kapitalisten. Damit spitzt sich der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, der aber ja gerade die Ursache für die Überproduktionskrise war, noch weiter zu – neue, „allseitigere und gewaltigere Krisen“ werden vorbereitet.

Zweitens können die Krisen durch die „Eroberung neuer Märkte“ oder die „gründlichere Ausbeutung alter Märkte“ überwunden werden. Durch die Eroberung neuer Märkte können die „zu viel“ produzierten Warenmassen abfließen, so kann dann doch noch Profit realisiert werden. Die gründlichere Ausbeutung alter Märkte meint beispielsweise die Unterwerfung weiterer, bisher noch nicht für die Kapitalisten erschlossener Bereiche unter ihr Profitstreben. Damit werden jedoch auch die Mittel, künftige Krisen vorzubeugen oder schließlich zu überwinden, gemindert.

Die Krisen stellen also eine vorübergehende gewaltsame Lösung der entstandenen Widersprüche, der relativen Überproduktion dar. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus bleibt dabei jedoch nicht nur erhalten, sondern er wird mit jeder Krise tiefer und führt somit unvermeidlich zu einer neuen, heftigeren Überproduktionskrise. Kapitalismus ist ohne regelmäßige Krisen nicht denkbar. Das damit verbundene Elend für die breiten Massen der Bevölkerung kann dauerhaft nur mit dem Ende des Kapitalismus, mit dem Sozialismus/Kommunismus überwunden werden.

# Der Krisenzyklus

Es zeigten sich schon mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert in England erste Anzeichen für Wirtschaftskrisen in Teilbereichen der Industrie. Zur ersten kapitalistischen Krise, die die Wirtschaft eines ganzen Landes erfasste, kam es 1825 in England. Von da an brachen in regelmäßigen Abständen Wirtschaftskrisen aus, wobei die darauffolgende Krise 1836 bereits die USA erreichte, die Krise 1847/48 wurde zur ersten Weltkrise. Zyklische kapitalistische Krisen gab es auch in der jüngeren Vergangenheit der Bundesrepublik Deutschland immer wieder, mit Tiefpunkten in den Jahren 1967, 1975, 1982, 1993, 2003, 2009 und nun ab 2018.

Der Zusammenhang zwischen Krise und Kapitalismus wird trotz ihrer Regelmäßigkeit seit den Anfängen der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise von bürgerlichen Ökonomen geleugnet. Sie haben die abenteuerlichsten Theorien entwickelt, um die Ursachen von kapitalistischen Krisen zu verwischen. Mal wird dem unaufmerksamen Handeln oder dem schlechten Risikomanagement einzelner Unternehmer die Schuld gegeben, mal die Spekulation gieriger Kapitalisten zur Ursache erklärt. Einzelne Ökonomen haben es sogar fertiggebracht, einen Zusammenhang zwischen der Sonnenaktivität und den Krisen erkennen zu wollen.<sup>1</sup> Gemein ist ihnen allen, dass sie die Krisen als Folge zufälliger Ursachen erklären, die sich angeblich bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems beseitigen lassen. Wie wir gesehen haben, sind Krisen im Kapitalismus aber unvermeidlich und Ergebnis des Grundwiderspruchs des Kapitalismus.

<sup>1</sup> Siehe beispielsweise:

<https://www.finanzkrise.eu/sonnenaktivitaet-sonnenstuerme/>

Ein Kapitalismus ohne Krisen ist wegen der Anarchie der Produktion, also aufgrund der fehlenden gesellschaftlichen Planung undenkbar. Privateigentum an Produktionsmitteln bedeutet Konkurrenz und schließt gesellschaftliche Planung der Proportion zwischen Herstellung von Produktionsmitteln und Konsumgütern aus. Die Regelmäßigkeit der Wirtschaftskrisen gibt dieser marxistischen Analyse recht.

Die Wirtschaftskrisen folgen dabei einem Krisenzyklus, der sich in vier Phasen untergliedern lässt: *Krise, Depression, Belebung* und *Aufschwung*. Wie wir gesehen haben, treten in der *Krise* die Folgen des Grundwiderspruchs des Kapitalismus besonders deutlich und scharf zutage. Die Produktionskapazitäten sind im Verhältnis zur zahlungsfähigen Nachfrage nach Konsumgütern zu stark gewachsen, zu viel Kapital wurde akkumuliert (angehäuft) und daraus ergibt sich eine Überproduktion an Waren, die keinen Absatz finden, die Arbeitslosigkeit steigt und die Bevölkerung verarmt. Auf die Krise folgt eine Phase der *Depression*. Diese Phase des Zyklus ist gekennzeichnet durch Stagnation der Produktion. Die angesammelten Warenvorräte werden teils zerstört, teils zu herabgesetzten Preisen verkauft. Wie wir im vorigen Abschnitt gesehen haben, gehen zudem reihenweise Kapitalisten pleite, die Kapitalistenklasse sucht nach Lösungen, um aus der Krise herauszukommen, versucht beispielsweise ihre Märkte zu erweitern. Schließlich versuchen die Kapitalisten auch durch die Herabsetzung der Produktionskosten einen Ausweg aus der Stagnation zu finden. Dazu schaffen sie neue Maschinen an, rüsten ihre Betriebe neu aus, führen technische Verbesserungen ein etc. Alles um mit den durch die Krise bedingten niedrigen Preise wett-

bewerbsfähig zu bleiben. Damit geht die Depression langsam und nicht reibungslos in die Phase der *Belebung* über. In der Phase der Belebung erholen sich die Unternehmen, die die Krise überstanden haben, davon und beginnen mit der Erweiterung der Produktion. Nach und nach kann die Produktion wieder ihren früheren Stand erreichen, die Profite wachsen wieder. Auf die Belebung folgt schließlich der *Aufschwung*, in der die Produktion sogar den vor der Krise erreichten Höchststand überschreiten kann. Es entstehen neue Unternehmen, die Produktionskapazitäten steigen deutlich. Es wird wieder Kapital akkumuliert. Somit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Produktion wieder über den Rahmen der zahlungsfähigen Nachfrage hinaus ausgedehnt wird. Die nächste Krise wird somit vorbereitet. Wenn die Überproduktion schließlich ihren höchsten Stand erreicht hat, bricht die Krise aus. Dann wiederholt sich der ganze Zyklus.

Im Krisenzyklus bildet die Krise den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage von Kapital. Um die Rentabilität ihrer Unternehmen angesichts des schroffen Preissturzes wiederherzustellen, sind die Kapitalisten gezwungen, neben der verstärkten Ausbeutung der Arbeiter neue Maschinen und Werkbänke, neue Technik und Produktionsmethoden einzuführen. In kurz: Es findet eine massenhafte Erneuerung des sogenannten fixen Kapitals (Arbeitsmittel in der Produktion) statt. Damit wird aber die Grundlage für eine neue, größere Überakkumulations- und Überproduktionskrise gelegt. Die Lebensdauer der wichtigsten Produktionsmittel, des fixen Kapitals, in den entscheidenden Zweigen der Großindustrie bildet damit die materielle Grundlage für die Periodizität der Krisen.

Im Detail unterscheiden sich die verschiedenen Krisen voneinander – mal ist der eine, mal der an-

dere Bereich stärker von der Krise betroffen, mal gelingt die Überwindung der Krise im einen Land besser als im anderen, weil die Voraussetzungen verschieden sind. Der marxistische Krisentheoretiker Eugen Varga weist darauf hin, dass auch „ökonomische Zufälligkeiten“ wie Missernten, Entdeckung reicher Goldvorkommen usw. den Ablauf der Zyklen verändern können und dass zahlreiche Faktoren, die nicht ökonomisch bedingt sind, wie beispielsweise Epidemien, Kriege, Aufstände und Revolutionen sich auf ihren Verlauf auswirken. Das alles ändert aber nichts am Grundcharakter der Krisen, dass sie Ausdruck der schärfsten Widersprüche des Kapitalismus sind, dass sie durch den Grundwiderspruch des Kapitalismus entstehen und ohne die Abschaffung des Kapitalismus nicht überwunden sind, dass sie absurderweise entstehen, weil – gemessen an der Kaufkraft der Massen – zu viel produziert wurde. Was sich seit dem Kapitalismus des 19. Jahrhunderts allerdings verändert hat, ist, dass die noch immer auftretenden zyklischen, kapitalistischen Krisen sich immer weiter verschärft haben, dass die Kapitalisten nicht mehr im Stande sind, die Krisen ohne weitreichende Hilfe des Staates zu überwinden. Wie es zu diesen Veränderungen kam, darauf wird im zweiten Text dieser Bildungszeitung näher eingegangen.



Eugen Varga, 1919

## Finanzmarktgetriebener Kapitalismus?

Finanzkrisen sind Spekulationskrisen. Ein Objekt oder eine Gruppe von Objekten, die ihrerseits Finanztitel sein können, aber nicht müssen, heizen aus wichtigem oder nichtigem Anlass eine Spekulationswelle an. Die bricht zusammen. Alle Beteiligten werden im Aufschwung reicher, in der Krise werden sie nun ärmer. Spekulation gehört zum Kapitalismus unserer Zeit. Sinkt die Liquidität, verstärkt sich die ökonomische Krise allgemein. Die Finanzkrise 2008/2009 war eine solche Spekulationskrise. Sie war ihrem Umfang nach wohl größer als alles, was die Welt bisher gesehen hatte. Es ging ihr ein Spekulationsboom voraus, der von relativ kleinen Finanzkrisen, also Rückschlägen unterbrochen, mehr als 30 Jahre gedauert hatte. Es war ein Boom des weltweiten Finanzsektors selber, der sich in diesen 30 Jahren im Verhältnis zur Realwirtschaft massiv aufgebläht hatte.

Alle Formen des Geldes/Kredites stellen in einer Warenwirtschaft Ansprüche auf das Produkt der Gesellschaft dar und machen in Verbindung mit verschiedenen Spekulationsobjekten den Finanzsektor aus. Letztlich aber können diese Ansprüche nicht unabhängig von der Warenproduktion werden. Der Finanzsektor kann nicht abheben oder sich von der Realwirtschaft lösen. Das heißt, das relativ schnellere Wachstum des Finanzsektors verglichen mit der Realwirtschaft kann nicht für immer weiter gehen. Man begreift die Finanzkrise am besten als genau diesen Prozess, in dem das schnellere Wachstum des Finanzsektors im Vergleich zur Realwirtschaft an ihre Grenzen gestoßen ist. Erklärt werden muss dabei weniger, wie und warum es zu einer solchen massiven Störung des kapitalistischen

Wirkungszusammenhangs kommen konnte, sondern viel eher, weshalb diese große Krise so lange auf sich hat warten lassen.

Denn auch Finanzkrisen sind im Kern eine stinknormale, für den Kapitalismus übliche Überproduktionskrise. Sie sind das Resultat des Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, der für den Kapitalismus typisch ist. Dieser Widerspruch drückt sich im Regelfall in den zyklischen kapitalistischen Krisen aus. Sie sind dadurch gekennzeichnet, dass das ungebändigte Wachstum von Kapital und Waren nicht auf genügend kaufkräftige Nachfrage trifft. Die private Aneignung des Mehrprodukts durch die Kapitalisten, lässt den gesellschaftlichen Produzenten nicht genügend Wert=Geld, um die munter produzierten Waren zu kaufen. Kapitalistische Krisen sind, wie im ersten Text gezeigt wird, Absatz- oder Realisierungskrisen.

Um die zyklischen Krisen hinauszuzögern oder abzuschwächen und weil man vor der Krise in der Produktion nicht mehr gewinnbringend investieren kann, hat das Monopolkapital einen enorm aufgeblähten Finanzsektor entwickelt. Weil das massenhafte Kapital in der Realwirtschaft nicht mehr ausreichend profitabel angelegt werden konnte, weil die Kapitalisten aber Profite machen müssen, um mit ihren Konkurrenten mithalten und sie ausstechen, wurde massiv Kapital in den Finanzsektor gesteckt. Dieser absorbierte die rasant steigenden Profitmassen, erschloss sich von der gemeinen Mehrwertproduktion scheinbar unabhängige Profitquellen, erhöhte durch die wachsende Verschuldung der Kapitalisten, des Staates und sogar auch der

Lohnabhängigen deren Kaufkraft und verzögerte damit die eigentlich fällige Überproduktionskrise. Die überproportionale Ausweitung des Finanzsektors ist damit ein wesentliches Kennzeichen des Imperialismus unserer Zeit. Es ist deshalb nicht falsch, wenn man diese Periode, die mit der Krise der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts einsetzt und deren Ende von der Krise seit 2007 eingeläutet wird, als von einem „finanzmarktgetriebenen“ Kapitalismus zu sprechen. Der Finanzsektor spielt in diesem System in vielfacher Hinsicht eine wichtige Rolle. Sein ungeheures Wachstum ist einerseits Resultat der beschleunigten Umverteilung des erarbeiteten Reichtums von unten nach oben. Zugleich dient der Finanzsektor als wichtiger Hebel, um diese Umverteilung von Arm nach Reich zu beschleunigen.

Mit der Aufblähung des Finanzsektors hat es das Monopolkapital geschafft, über viele Jahre hinweg, die eigentlich fällige Überproduktionskrise zu überspielen. Das ist auch der Grund, warum die Finanzkrise zum Auslöser der Weltwirtschaftskrise wurde. Als die Finanzblase platzte, trat die Überproduktion zutage und die Weltwirtschaftskrise begann. Aber: Der Grund für die Finanzkrise war nicht „die Spekulation“ oder „der Finanzmarkt“, sondern weiterhin der Kern des Kapitalismus, der Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung und dass sich Kapital in der Realwirtschaft eben nicht mehr ausreichend profitabel vermehren konnte.





### Werkzeugfragen

1. Was ist laut Marx der Grundwiderspruch im Kapitalismus?
2. Welche Möglichkeiten der Krisenüberwindung gibt es?
3. Zeichnet ein Schaubild zum Krisenzyklus, in dem die Begriffe Krise, Depression, Belebung und Aufschwung genutzt und erklärt werden.

### Diskussionsfragen

1. „Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen“. Was ist dran an dieser Behauptung?
2. Diskutiert die auch unter Linken gängige Behauptung vom „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“, wonach sich die Spekulationssphäre von der Realwirtschaft entkoppelt habe! Reicht es aus, Spekulation einfach zu verbieten?

---

## **Text 2: Krisen im Imperialismus und allgemeine Krise des Kapitalismus**

Seit den ersten kapitalistischen Krisen ab 1825 haben sich die zyklischen Krisen immer weiter verschärft. Eine wesentliche Rolle dafür spielt der Übergang des Kapitalismus in sein imperialistisches Stadium, der spätestens mit dem Ersten Weltkrieg abgeschlossen war. Wie diese Entwicklung vonstatten geht und wie sich das auf die zyklischen Krisen auswirkt, das soll in diesem Text behandelt werden.

Marx fasst den Zusammenhang zwischen Konkurrenz (d.h. Privateigentum), Technik, Kapitalgröße, Konzentration/Zentralisation und Kredit im Prozess der kapitalistischen Akkumulation so zusammen:

„Der Konkurrenzkampf wird durch Verwohlfeilung (also durch günstigere Herstellung und Verkauf, Anmerkung des Autors) der Waren geführt. Die Wohlfeilheit der Waren hängt, caeteris pari-

bus (unter sonst gleichbleibenden Umständen, Anmerkung des Autors), von der Produktivität der Arbeit, diese aber von der Stufenleiter der Produktion ab. Die größeren Kapitale schlagen daher die kleineren. (...) Die Konkurrenz (...) endet stets mit Untergang vieler kleineren Kapitalisten, deren Kapitale teils in die Hand des Siegers übergehen, teils untergehen. Abgesehen hiervon bildet sich mit der kapitalistischen Produktion eine ganz neue Macht, das Kreditwesen, das in seinen Anfängen verstohlen, als bescheidne Beihilfe der Akkumulation, sich einschleicht, durch unsichtbare Fäden die über die Oberfläche der Gesellschaft in größeren oder kleinem Massen zersplitterten Geldmittel in die Hände individueller oder assoziierter Kapitalisten zieht, aber bald eine neue und furchtbare Waffe im Konkurrenzkampf wird und sich schließlich in einen ungeheuren sozialen

Mechanismus zur Zentralisation der Kapitale verwandelt.

Im Maß wie die kapitalistische Produktion und Akkumulation, im selben Maß entwickeln sich Konkurrenz und Kredit, die beiden mächtigsten Hebel der Zentralisation.“ (K. Marx, Das Kapital, MEW 23, S.654f.)

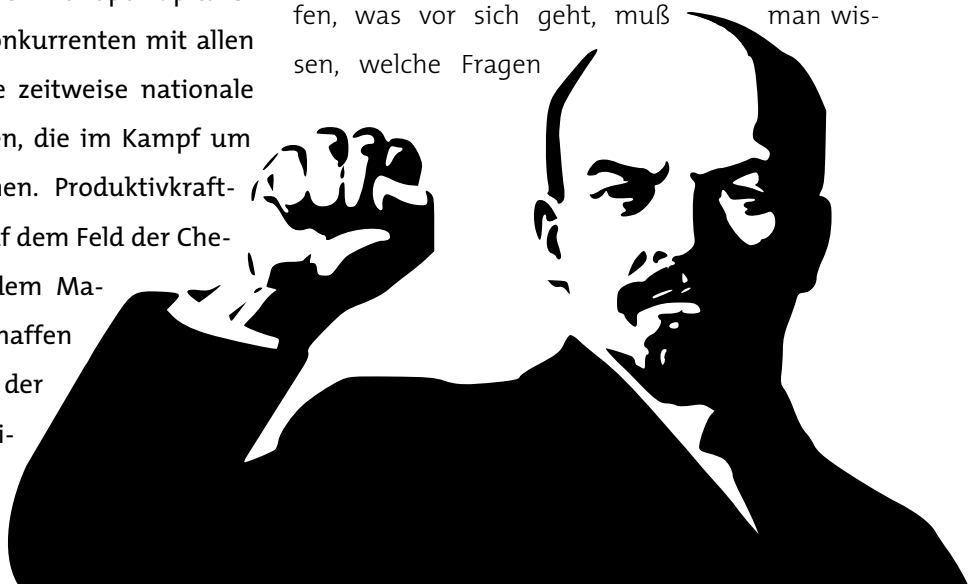
Was können wir nun aus diesem Zitat ziehen? Die größeren Kapitalisten schlagen die kleineren Kapitalisten im kapitalistischen Konkurrenzkampf, da sie die besseren Maschinen, Produktionsmittel haben (höhere Stufenleiter der Produktion). Nur sie können sich diese im großen Umfang leisten, nur sie können überhaupt die im hohen Maße gesellschaftliche Produktion organisieren. Das Kapital wird folglich in immer weniger Händen konzentriert, die einer immer größer werdenden Arbeiterklasse gegenüberstehen. In diesem Prozess erhält das Kreditwesen für die weitere Konzentration eine entscheidende Rolle. Es spinnen sich die „unsichtbaren Fäden“ zwischen immer größeren Industriekapitalen und immer größeren Bankkapitalen zu einem dichten Netz, dem monopolkapitalistischen Finanzkapital, das sich in den Händen einer kleinen Finanzoligarchie konzentriert.

Die freie kaufmännische Konkurrenz der Kapitalisten weicht dem Kampf der Monopolkapitalisten um Vernichtung der Konkurrenten mit allen Mitteln. Dazu schließen sie zeitweise nationale und internationale Allianzen, die im Kampf um die Beute wieder zerbrechen. Produktivkraftentwicklungen vor allem auf dem Feld der Chemie, der Elektrizität und dem Maschinenbau (Fließband) schaffen wieder „neue Stufenleiter der Produktion“, deren Kapitalanforderungen nur noch von „assozierten Kapitalis-

ten“ (also einer Gruppe von Kapitalisten, d.h. vor allem Aktiengesellschaften) bewältigen, die in Verflechtung mit den ebenfalls immer größeren Banken entstehen.

Das Finanzkapital muss unter Expansionszwang im Konkurrenzkampf nicht nur die Herrschaft über die begrenzten heimatlichen Märkte anstreben, sondern über so viele Märkte wie möglich. Nur dann kann es dauerhaft mit seinen Konkurrenten mithalten und diese übertrumpfen, nur dann kann es seine riesigen Warenmengen loswerden, nur dann kann es überleben. Deshalb ist Großkapital nicht nur immer Finanzkapital, immer nach Monopol strebendes Kapital, sondern hat auch immer imperialistischen Charakter. Nachdem die Weltmärkte aber um 1900 verteilt sind, nehmen in jeder Krise die Spannungen unter den Imperialisten zu. Lenin schrieb:

„Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung "nach dem Kapital", "nach der Macht" vorgenommen - eine andere Methode der Teilung kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung; um zu begreifen, was vor sich geht, muß man wissen, welche Fragen



durch Machtverschiebungen entschieden werden; ob diese Verschiebungen nun "rein" ökonomischer Natur oder außerökonomischer (z.B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage, die an den grundlegenden Anschauungen über die jüngste Epoche des Kapitalismus nichts zu ändern vermag.“ (LW 22, S. 257)

Je mehr die Imperialisten nach jeder Krise durch die intensivere Ausbeutung der weltweiten

Märkte eine Vereinheitlichung des Weltmarkts anstreben, desto mehr schlägt die Krise als Weltwirtschaftskrise zurück. Und desto mehr werden die Mittel zur Überwindung zukünftiger Krisen zerstört. Dann zeigt sich, dass die „friedliche“ internationale Zusammenarbeit umschlägt in politische Machtdemonstration entsprechend der Machtverhältnisse bis hin zum militärischen Konflikt, zum Krieg, die schlimmste aller Krisenfolgen.

## **Allgemeine Krise des Kapitalismus**

Mit dem Imperialismus, dessen ökonomische Grundlage der Monopolkapitalismus ist, entwickelt sich die umfassende allgemeine Krise des Kapitalismus.

Die Bourgeoisie hatte sich in langen Klassenkämpfen gegen den Feudalismus durchgesetzt und ihre volle Herrschaft entfaltet. Die Welt war unter die Monopolgruppen und ihre imperialistischen Großmächte vollständig aufgeteilt. Statt um die Unterwerfung weiterer gesellschaftlicher Bereiche, neuer Absatzmärkte geht es im Imperialismus nur noch um Neuaufteilungen von Absatzmärkten, Rohstoffquellen, Kapitalanlage- und Einflussphären. Die zur Entwicklung der Kapitalisten geschaffene Nation enthält nun anderen Völkern die Entwicklung selbst zu einer kapitalistischen Nation vor. Ihr Herrschaftsanspruch, den sie mit dem universellen Ruf nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit begründete, zerfällt. Es bleiben pragmatisch austauschbare Verteidigungsideologien ihres Vorherrschaftsstrebens. Eugen Varga, Ökonom der Komintern, fasst 1922 die politische Entwicklung der ‚Allgemeinen Krise‘, deren Begriff er geprägt hat, zusammen: „Unter den verschiedenen Schichten der besitzenden Klassen geht ein verschärfter Kampf um die Verteilung des verminderten gesellschaftlichen

Wertprodukts vor sich.“ und „Dieser Niedergang hat eine ständige politische Krise zur Folge“. Denn: „Ideologisch ist der Glaube an die Unererschütterlichkeit der kapitalistischen Klassenherrschaft erschüttert“. (E.S. Varga, Ausgewählte Schriften 1982, Bd.1 S. 296)

Der Vergesellschaftungsgrad der Produktionsmittel ist so angewachsen, dass der Übergang zu einer neuen, höheren Gesellschaftsformation, zu einer gesellschaftlichen Aneignungsweise unabweisbar wird. Das Zeitalter der proletarischen Weltrevolution – objektiv und nicht etwa als Selbstläufer – beginnt. Der Kapitalismus überschreitet im Imperialismus den Höhepunkt seiner Entwicklung und tritt in seine Niedergangsphase ein, in seine „allgemeine Krise“ (im Gegensatz zur zyklischen Krise), es beginnt eine Epoche der Kriege und Revolutionen.

Die allgemeine Krise ist ökonomisch gekennzeichnet durch die Verschärfung des Marktproblems. Die weltweite kaufkräftige Nachfrage wächst nicht ausreichend mit der Entwicklung der Produktionskapazität. Chronische Überakkumulation führt zu einer chronischen Unterauslastung der Betriebe und zu chronischer Massenarbeitslosigkeit nicht nur in der zyklischen Krise und Depression. Das bedeutet, dass es nicht nur

in Krisen zur massenhaften Arbeitslosigkeit kommt, dass nicht nur in Krisen ein Teil der Fabriken stillsteht, sondern dauerhaft.

Ausdruck des Beginns der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die sich seit der Wende zum 20. Jahrhundert entwickelte, ist der 1. Weltkrieg und die auf ihn folgenden Revolutionen – beginnend mit der Oktoberrevolution in Russland. Jedes weitere Land, das vom Imperialismus abfällt, verstärkt das Marktproblem der allgemeinen Krise

und das ideologische Problem des universellen Herrschaftsanspruchs der Monopolbourgeoisie. Die Monopolkapitalisten schaffen mit dem Imperialismus dem Proletariat objektiv weitere „Waffenbrüder“, nämlich die unterdrückten Völker der Welt, mit denen sie das Interesse am Ende der Herrschaft des Imperialismus teilen, und alle am Frieden interessierten Volksschichten.

## ***Verschärfung der zyklischen Krisen***

Durch die Entwicklung hin zum Monopolkapital und zum Imperialismus werden die Krisen aber nicht schwächer, sondern weiter verschärft. Dazu Lenin:

„Die Ausschaltung der Krisen durch die Kartelle ist ein Märchen bürgerlicher Ökonomen, die den Kapitalismus um jeden Preis beschönigen wollen. Im Gegenteil, das Monopol (...) verstärkt und verschärft den chaotischen Charakter, der der ganzen kapitalistischen Produktion in ihrer Gesamtheit eigen ist.“ (LW 22, S.212)

Das Problem der endlichen Ausdehnung der inneren und äußeren Märkte, das im Imperialismus offenbar wird, die ökonomische Basis der allgemeinen Krise, verstärkt sich in jeder zyklischen Krise. Je größer das Kapital, desto stärker die Energie, die Einschränkung durch die Eroberung bereits besetzter Märkte zu überwinden. Mit der enormen Entwicklung der Vergesellschaftung der

Produktivkräfte verstärkt sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus. Die Suche nach Auswegen wird schwieriger. Mangels Expansionsmöglichkeit und Aufschwung aus der Krise finden sich kaum profitable Anlagemöglichkeiten in der materiellen Produktion. Der „Kampf um die Verteilung des verminderten gesellschaftlichen Wertprodukts“ (s.o., Varga) konzentriert sich auf den Markt des sogenannten fiktiven Kapitals (Wertpapiere aller Art mit Anspruch auf Mehrwertanteile, siehe Kasten) um in neue Märkte einzudringen. Die Risiken der internationalen Finanzoperationen in der monopolistischen Konkurrenz um den weltweit erzeugten Mehrwert nehmen von Krise zu Krise zu. Bereits Lenin stellte fest: „Das gesteigerte Risiko hängt in letzter Instanz mit der ungeheuren Zunahme des Kapitals zusammen, das sozusagen überschäumt, ins Ausland strömt usw. Und zugleich bringt das be-



schleunigte Tempo der technischen Entwicklung immer mehr Elemente des Mißverhältnisses zwischen den verschiedenen Teilen der Volkswirtschaft, immer mehr Chaos und Krisen mit sich.“ (LW22, S.213).

Ernst Thälmann stellte dazu auf dem Plenum der KPD im Januar 1931 fest:

„Der Charakter der heutigen Krise ist der einer zyklischen Krise auf dem Boden der allgemeinen Krise des kapitalistischen Systems im Zeitalter des Monopolkapitalismus. Hier müssen wir die dialektische Wechselwirkung zwischen der allgemeinen Krise und der periodischen Krise verstehen. Einerseits nimmt die periodische Krise heftige

und noch nie dagewesene Formen an, weil sie sich auf dem Boden der allgemeinen Krise des Kapitalismus vollzieht, weil sie von den Bedingungen des Monopolkapitalismus beherrscht wird. Andererseits wirken wiederum die Zerstörungen durch die periodische Krise vertiefend und beschleunigend auf die allgemeine Krise des kapitalistischen Systems.“ (Hervorhebungen im Original, zitiert nach der Lizenzausgabe für Westdeutschland Düsseldorf 1955, S. 310/311).

Die Weltwirtschaftskrisen von 1913 und 1929 spitzen sich zu sozialen und politischen Krisen zu, in deren Gefolge wir die Weltkriege und revolutionären Wellen sehen.

## **Staatsmonopolistischer Kapitalismus**

Das Monopolkapital als Herrschaftsverhältnis beruht auf dem konzentrierten Privatbesitz an Produktionsmitteln. Das Finanzkapital setzt ihre Interessen möglichst mit eigenem Personal in ihrem Staatsapparat durch. Der Staat dient nicht mehr zur Vermittlung der Interessen der gesamten Kapitalistenklasse, sondern nur noch des Monopolkapitals. Vermittlung heißt dabei zwar weiterhin Zusammenarbeit der Finanzoligarchen zur Herrschaftssicherung gegen das eigene Volk und gegen andere Völker. Aber das Neue beim direkten Zugriff von wenigen Finanzgruppen auf den Staatsapparat ist die Gruppenbildung zum Konkurrenzkampf gegeneinander, nicht nur in kaufmännischer Konkurrenz, sondern auch durch Maßnahmen der staatlichen Gewalt. Diese enge Verschmelzung von Staat und Monopolen zu einem Gesamtmechanismus zur Beherrschung der gesamten Gesellschaft durch das Monopolkapital, die sich auch im immer stärkeren Eingreifen des Staates in die Wirtschaft im Sinne des Mono-

polkapitals zeigt, bezeichnet man als staatsmonopolistischen Kapitalismus.

In ihm verfügen Vertreter der Monopole mit denselben Netzwerken sowohl über Herrschaftssicherung als auch über Umverteilung von Mehrwert. Konkret läuft das z.B. über Steuern und Subventionen. In den Krisen im Imperialismus verstärkt sich der Drang zur Gewalt nach Innen und Außen – nur so kann die Krise durch Abwälzung auf die eigene Arbeiterklasse und andere Nationen vonstatten gehen. Entsprechend wird die Rolle der Rüstungswirtschaft zentral. Die Eingriffe des Staates stören die Reinigungsfunktion der Krise, also das reihenweise Untergehen von Kapitalisten, und damit den Verlauf des Zyklus. Das Monopolkapital destabilisiert die eigene Basis, weil sich die Finanzoligarchen mit Hilfe des Staates, der zu ihrer Machterhaltung als Klasse dient, untereinander aufs schärfste bekämpfen. Die Gegensätze im Finanzkapital spitzen sich zu bis hin zum Kampf um die Herrschaftsform bürgerliche Demokratie oder Faschismus und um Kriegssalli-

anzen (Vgl. G. Dimitroff, Togliatti, VII. Weltkongress der KI). Die Krise ab 1929 löste sich durch den 2. Weltkrieg in ungeheurer Produktivkraftvernichtung und Neuverteilung der Einflussgebiete.

Mit dem 2. Weltkrieg tritt die allgemeine Krise in eine neue Etappe ein, die gekennzeichnet ist durch den Widerspruch, in dem sich der jetzt dominierende US-Imperialismus befindet: Er muss die Vorherrschaft des Imperialismus gegen den Sozialismus durchsetzen, der sich in der SU nicht nur siegreich verteidigt hat, sondern sich weltweit ausbreitet. Dabei muss er die Vorherrschaft über die anderen Imperialisten und die Völker des zerfallenden Kolonialsystems aufrechterhalten. Das versucht er durch dauernde Hochrüstung und Monopolisierung der damit verbundenen Produktivkraftentwicklung (v.a. IT) zu erreichen.

Aufgrund der unterschiedlichen historischen Entwicklung der einzelnen Länder entwickelte sich

der Klassenkampf in den weltweiten Krisen, Kriegen, Revolutionen und Konterrevolutionen ungleich, wenn auch die inneren Widersprüche jeder Nation – in deren Rahmen der Klassenkampf stattfindet – sich im Zusammenhang der weltweiten Gesamtentwicklung entfalten. Die ist geprägt von der Spaltung der kommunistischen Weltbewegung, vom Niedergang und der Auflösung der Sowjetunion und den zunehmenden Widersprüchen zwischen den imperialistischen Ländern unter sich.

Die zunehmenden weltweiten Eingriffe auf allen Ebenen der Staatsgewalt bis hin zur Grundlage des Kapitalismus, der Geld- und Schuldverhältnisse, haben seine Krisenhaftigkeit nicht beseitigt. Die gegenwärtig anlaufende zyklische Krise löst bereits jetzt Staatseingriffe bisher unbekanntem Umfangs aus. Den Grundwiderspruch, die Ursache der kapitalistischen Krisen, kann aber erst ein Staat beseitigen, der den Finanzoligarchen die politische Macht entrissen hat.

---

## Werkzeugfragen

1. Wie entsteht Finanzoligarchie bzw. Finanzkapital und Monopole?
2. Warum entwickelt sich die allgemeine Krise des Kapitalismus? Inwiefern steht sie in Verbindung mit der zyklischen?
3. Wie unterscheiden sich die innersystemischen Auswege im Kapitalismus und im Imperialismus?

## Diskussionsfragen

1. Warum ist im Imperialismus im Gegensatz zum Markt der freien Konkurrenz die Konkurrenz umso schärfer und vernichtender? Disku-

- tiert Beispiele der Konkurrenz der Monopole und ihre Folgen für uns! Warum können staatliche Eingriffe die Krise nicht verhindern?
2. Uns wird immer erzählt, wir lebten – zumindest in Deutschland - in einer Wohlstandsgesellschaft, die manchmal unerwartet in Krisen versinkt. Wie passt das zu unserem Begriff der allgemeinen Krise? was würde euer Umfeld zu dieser unserer Theorie sagen und wie könnte man reagieren?
3. Der Imperialismus ist krisenhaft und macht sich viele Feinde. Mit welchen Mitteln kann er sich trotzdem so gut halten?

## Text 3: Schon vor der Pandemie – alle Zeichen auf Krise

Spätestens seit dem Greifen weitreichender Kontaktbeschränkungen und der Schließung großer Teile des Einzelhandels sowie der Gastronomie ist, neben der „Corona-Krise“, die Wirtschaftskrise wieder in aller Munde. Wirtschaftsforschungsinstitute und KommentatorInnen in Presse und Rundfunk überschlagen sich: Die Weltwirtschaft und damit auch die deutsche Volkswirtschaft stehen vor der schwersten Rezession seit dem 2. Welt-

krieg. Bereits seit etwa Mitte 2018 begann in Deutschland eine anhaltende Abnahme der Industrieproduktion (Abbildung 1).

henden Konjunktur den plötzlichen und unerwarteten Todesstoß versetzt. Man muss jedoch nur wenige Monate in die Vergangenheit blicken, um zu erkennen, dass bereits vor der Pandemie alle Zeichen auf Krise standen.

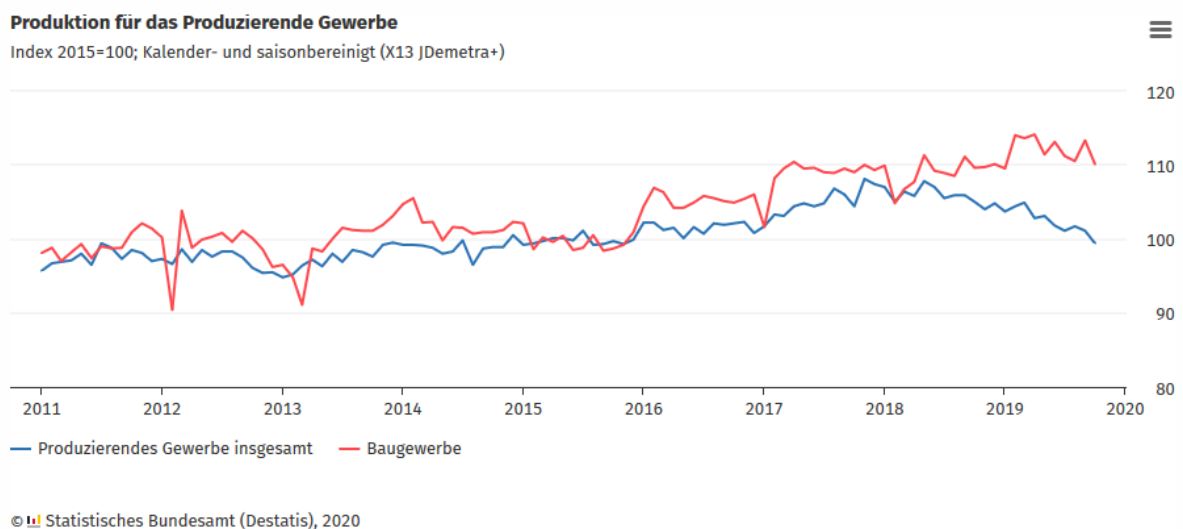


Abbildung 1. Industrieproduktion in Deutschland insgesamt und im Baugewerbe.

krieg. Bereits seit Monaten liest man immer wieder Vergleiche mit der großen Weltwirtschaftskrise von 1929, die erst durch eben diesen 2. Weltkrieg überwunden wurde. Entsprechend bombastisch sind die Ankündigung von Konjunktur- und „Rettungs“paketen und entsprechend forsch die Forderungen der Wirtschaftsrosse und ihrer Gewerkschaften (z.B. Gesamtmetall) nach noch mehr Staatshilfen für die Rettung ihrer Konzerne. Dabei kann man leicht den Eindruck bekommen, die Corona-Pandemie habe der bis dahin gut lau-

Die für die Wirtschaft der „Exportwalze“ Deutschland besonders bedeutende Industrieproduktion befindet sich bereits seit 2 Jahren in einer Rezession. Entsprechend pessimistisch fielen bereits Ende 2019 die Prognosen der für die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung maßgeblichen Akteure aus. So heißt es etwa im 2019 erschienenen Jahresgutachten der sogenannten „Wirtschaftsweisen“<sup>2</sup> 2019/20: „Der Abwärtstrend

<sup>2</sup> Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, umgangssprachlich die

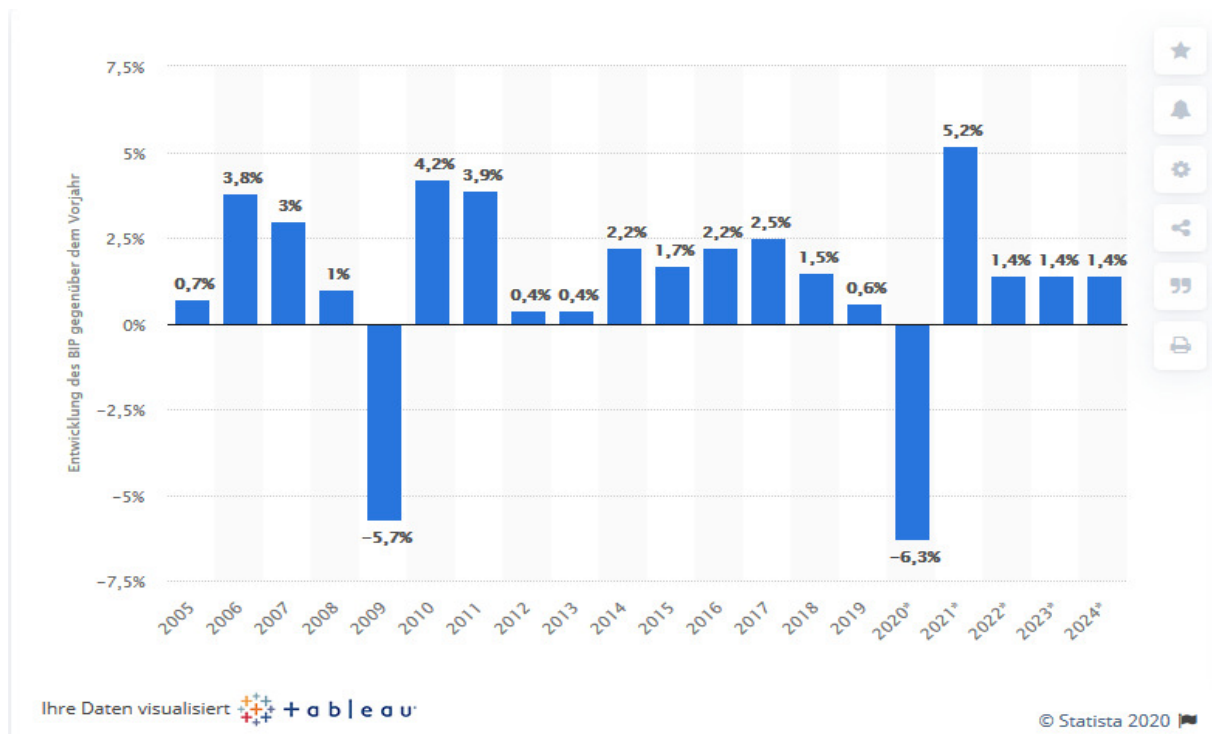


Abbildung 2. Entwicklung des deutschen BIP im Vergleich zum Vorjahr und Prognose der Bundesregierung für die Jahre 2020-24.

bei der Industrieproduktion, der im Winter der Jahre 2017 und 2018 einsetzte, hält an. Im verarbeitenden Gewerbe sank die Produktion allein im bisherigen Jahresverlauf 2019 um 2,8%. Die Entwicklung der Umsätze ist nach einer kurzen Erholung Ende des Jahres 2018 ebenfalls wieder abwärtsgerichtet.“ und weiter: „Die deutsche Volkswirtschaft befindet sich in einem Abschwung, der vor allem die Industrie voll erfasst hat. (...) Die schwierige Auftragslage und die pessimistischen Geschäftsaussichten lassen keine schnelle Belebung erwarten. Neben den nach wie vor erheblichen internationalen Risiken dürfte die Unsicher-

„fünf Wirtschaftsweisen“ genannt, ist ein Gremium von überwiegend stramm konservativen ÖkonomInnen, die die Bundesregierung in wirtschaftlichen Fragen berät. In seinen Jahresgutachten identifiziert der Sachverständigenrat tatsächliche oder vermeintliche Risiken für die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft. Ein besonderes Hassobjekt dieses sympathischen Gremiums ist beispielsweise der Mindestlohn, der weiterhin als Gefahr für die Wirtschaft gesehen wird. Die Gutachten der Wirtschaftsweisen zeichnen sich üblicherweise durch eine besonders deutliche Nähe zur Haltung der Interessenvertreter deutsche Großkonzerne aus.

heit über Ausmaß und Länge des zyklischen Abschwungs zu einer größeren Zurückhaltung der Unternehmen bei Investitionen und Beschäftigung führen.“

Eine wichtige Ursache für die kriselnde Industrieproduktion ist ein Rückgang in den Exporten. Bereits im 2. Quartal 2019 gingen die deutschen Exporte um 1,3% zurück (siehe Jahresgutachten des Sachverständigenrates). Hierbei spielt eine Vielzahl von Faktoren eine Rolle, es lassen sich jedoch drei Hauptursachen identifizieren: Der Brexit, der Handel mit den USA und der Handel mit China. Der größte Anteil (2018 etwa 59%) deutscher Exporte geht weiterhin in die EU, während die USA und China mit etwa 10% und etwa 7% die wichtigsten Abnehmer deutscher Exportgüter außerhalb Europas darstellen.<sup>3</sup> Besonders China spielt dabei eine wesentlich wichtigere Rolle, als der relativ niedrig erscheinende Anteil am Export viel-

<sup>3</sup> <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deutschen-aussenhandel.pdf?blob=publicationFile&v=34>



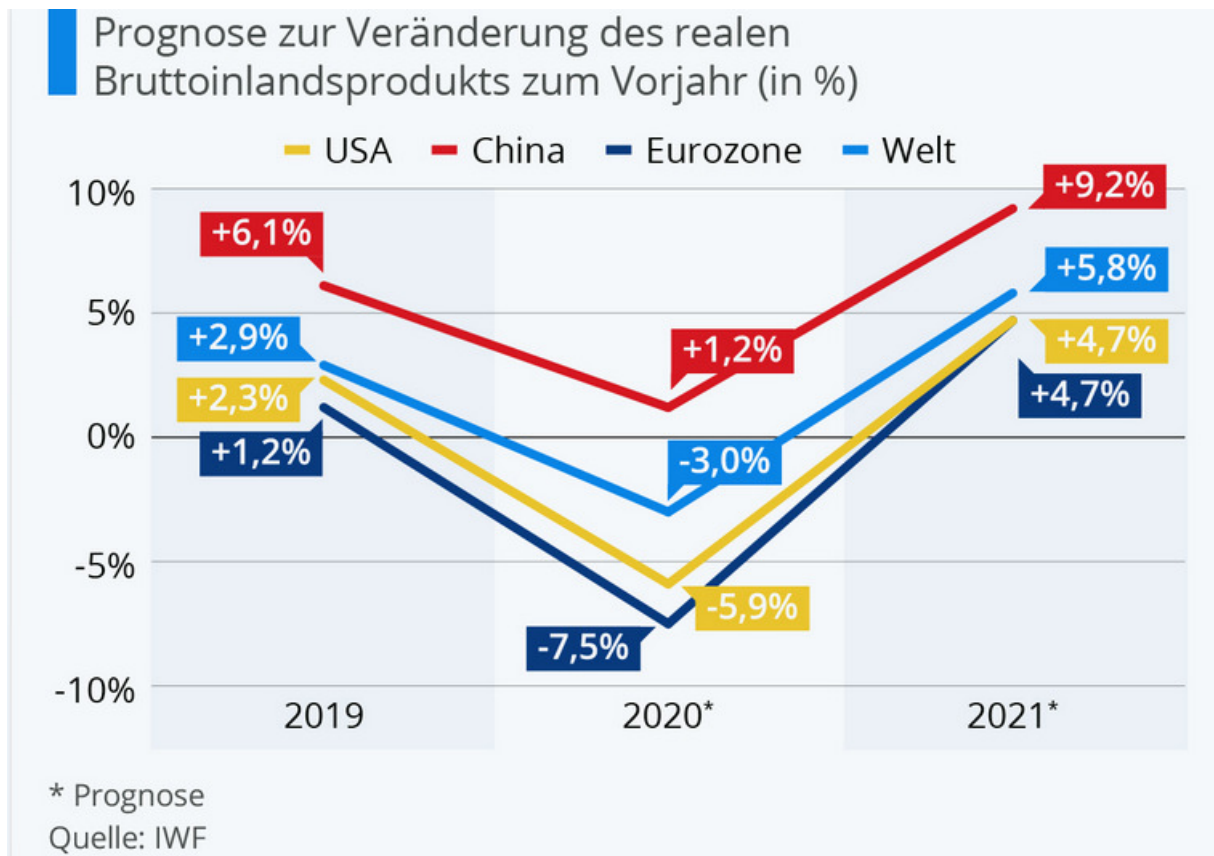


Abbildung 3. Prognose des IWF der BIP-Entwicklung weltweit, in den USA, China und der Eurozone (Quelle: Statista).

leicht vermuten lässt, da China als Absatzmarkt für deutsche Produkte seit dem Jahr 2000 durchgehend an Bedeutung zunimmt, während die Bedeutung der USA sinkt. Im Jahr 2019 brachen, bedingt durch das Brexit-Chaos, die Exporte nach Großbritannien ein. Aufgrund des sich zuspitzenden Konfliktes zwischen den USA und China, im Zuge dessen die USA chinesische Unternehmen und Waren mit zahlreichen Strafzöllen überzogen und China entsprechende Gegenmaßnahmen ergriff, nahm außerdem das weltweite Handelsvolumen ab, was sich ebenfalls negativ auf die deutschen Exporte auswirkte.

Stabilisierend wirkte eine bis Anfang 2020 gut laufende Binnenwirtschaft. Leichte Reallohnsteigerungen und eine relativ geringe Arbeitslosigkeit führten zu anhaltend hohem Konsum, was die Schwäche der so bedeutsamen Exportwirtschaft bis zu einem gewissen Grad ausgleichen

konnte (jedoch nicht dauerhaft, da die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft – und damit auch der Löhne und der Beschäftigungszahlen – mittelfristig immer von der Entwicklung der realen Industrieproduktion abhängt). Auch der andauernde Boom in der Bauindustrie (siehe Abbildung 1) hatte vorübergehend einen stabilisierenden Effekt. Auch hier zeigten sich im Laufe des Jahres 2019 jedoch deutliche Risse: Die meisten deutschen Großkonzerne kündigten Massentlassungen an. Zur Verdeutlichung: Allein die „Vorzeigekonzerne“ VW, Daimler, BMW, Airbus und Continental kündigten jeweils den Abbau mehrerer tausend bis zehntausend Stellen in Deutschland an. Dabei ist davon auszugehen, dass für diese massenhafte Vernichtung von Arbeitsplätzen weniger die beschriebenen aktuellen Entwicklungen (Brexit, Handelskrieg USA/China) verantwortlich waren, als die Tatsache, dass

der Grad an Automatisierung und die dadurch stark steigende Produktivität in der Industrie grundsätzlich dafür sorgt, dass immer weniger menschliche Arbeitskraft in der Produktion notwendig ist. Ende 2019 ließ der Bund deutscher Arbeitgeber (BDA) verlautbaren, man gehe für 2020 von einem erheblich steigenden Bedarf an Kurzarbeit aus. Massenentlassungen in verhältnismäßig hoch bezahlten Industriebetrieben und eine deutliche Zunahme an Kurzarbeit hätten natürlich ein deutliches Nachlassen des Konsums und

damit auch eine steigende Arbeitslosigkeit in anderen Branchen nachgezogen.

Diese kurze Übersicht zeigt, dass die deutsche Volkswirtschaft bereits vor der Corona-Pandemie auf eine Krise zusteuerte. Dies spielte sich in einem Umfeld sich zuspitzender internationaler Konflikte, insbesondere zwischen den USA und China, ab. Auch der Rest der Welt bewegte sich bereits vor der Pandemie auf eine schwere Wirtschaftskrise zu.

## **Das weltweite „Einschlagen“ der Pandemie**

Dennoch wirkten die weltweit getroffenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung deutlich beschleunigend auf die Entwicklung der Krise. Der bis dahin noch hohe Konsum brach innerhalb kurzer Zeit deutlich ein. Über 12 Millionen Menschen (Stand: Juli 2020) befinden sich in Deutschland in Kurzarbeit, wovon allerdings nur 7 Millionen Kurzarbeitergeld erhalten, und können daher auf ein wesentlich geringeres Einkommen zurückgreifen. Große Teile des Einzelhandels, der Gastronomie sowie des privaten und beruflichen Reiseverkehrs kamen vorübergehend völlig zum Erliegen. Allein im ersten Quartal 2020 brach das deutsche BIP um etwa 2,2% ein<sup>4</sup>. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Anti-Corona-Maßnahmen erst zum Ende des Quartals umgesetzt wurden, die Wirtschaft bis in den März hinein also noch relativ normal weiterlaufen konnte! Selbst die optimistischsten Prognosen gehen für 2020 mittlerweile von einem Einbruch des BIP von über 6% aus. Das wäre ein noch schwererer Einbruch als

in der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/09. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des deutschen BIP seit 2005 und die offizielle Wirtschaftsprognose der Bundesregierung für die kommenden Jahre. Die Prognosen für die Jahre ab 2021 können, aufgrund ihrer Unzuverlässigkeit, erfahrungsgemäß getrost ignoriert werden.

Bedrohlich ist die zu erwartende Entwicklung nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Abbildung 3 zeigt die Prognosen des Internationalen Währungsfonds (IWF) für die Entwicklung des BIP weltweit sowie in den USA, China und der Eurozone. Dabei ist zu beachten, dass diese aus Mitte April 2020 stammende Prognose voraussichtlich noch weiter nach unten korrigiert werden muss. So wurde etwa im Mai publik, dass China erstmals seit 1990 kein Wachstumsziel für die eigene Volkswirtschaft ausgibt.

<sup>4</sup><https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rezession-corona-bedeutung-deutsch-1.4909062>

Um diese Zahlen besser in ein Verhältnis setzen zu können: Während der Finanz- und Wirtschaftskrise, die als die bis dato schwerste seit dem 2. Weltkrieg galt, sank das weltweite BIP gerade einmal um 0,1%. Es deutet also alles darauf hin, dass die begonnene Weltwirtschaftskrise mindestens die schwerste Krise seit 1929 wird. Die Corona-Pandemie hat diese Krise nicht ausgelöst, aber zumindest deutlich beschleunigt und verschärft. Anders als wäh-

rend der Krise von 2008/09 werden aber auch China und viele Entwicklungsländer Asiens und Südamerikas voraussichtlich eine Rezession erleben, sodass diese die Weltwirtschaft nicht retten werden können. Der Spielraum für neue Investitions- und Handelsmöglichkeiten – und damit auch die Hoffnung auf eine baldige Erholung der Weltwirtschaft – schrumpft somit zusammen.



## Staatliche Maßnahmen zur Krisenbewältigung

Apropos Krisenbewältigung: Welche Möglichkeiten stehen den Staaten der Welt, insbesondere der Bundesregierung, überhaupt noch zur Verfügung? Werfen wir zunächst einen Blick zurück auf die Maßnahmen zur Bewältigung der Krise von 2008/09. Aus dieser Krise ging Deutschland im Verhältnis zu den restlichen EU-Staaten gestärkt hervor. Während die am stärksten von der Krise getroffenen Staaten in Südeuropa durch umfassende Privatisierungen und Sparprogramme ausgeblutet wurden, konnte die durch die Agenda-Reformen „fit gemachte“ (das heißt billig gemachte) deutsche Industrie sich strategisch günstig positionieren. Die kaputten Volkswirtschaften der EU waren nach der

Krise noch stärker als zuvor auf billige deutsche Exportwaren angewiesen. Begleitet wurden die als Austeritätspolitik bezeichneten Sparprogramme von der Geldpolitik der EZB, die die Finanzmärkte mit „billigem Geld“ überschwemmte, um Investitionen anzuregen. Das massenhafte Aufkaufen von Staatsanleihen durch die EZB verhinderte (und verhindert noch) zwar Staatsbankrotte, brachte jedoch auch keine Erholung der betroffenen Volkswirtschaften. Die geldpolitischen Möglichkeiten der EZB sind nun weitgehend ausgeschöpft, den Herrschenden fällt es zunehmend schwerer, Maßnahmen zur Krisenbewältigung zu treffen. Schon die Krise von 2008/09 wurde bisher nicht vollständig überwunden.



## Auf dem Rücken der Arbeitenden

Dass während der Krise 2008/2009 vor allem die Staaten Südeuropas leiden mussten, heißt übrigens nicht, dass die Krisenkosten allein von den anderen Völkern Europas getragen

wurden. Die deutsche Arbeiterklasse erlebte, im Zuge der Agenda-Reformen, bereits im Vorfeld der Krise ein zuvor unbekanntes Ausmaß an Lohnzurückhaltung, Drangsalierung und sozialer Unsicherheit. Zudem sprang der deutsche Staat

bei der Rettung bankrotter Banken mit Milliardenhilfen in vorher unvorstellbarer Höhe ein und verteilte damit deren Schulden auf die Schultern der deutschen Gesellschaft. Aufgrund dieser Maßnahmen stieg die Schuldenquote Deutschlands allein zwischen 2008 und 2010 von 65% des BIP auf 81% - eine Zeche, die die gesamte deutsche Bevölkerung seitdem mit der „Schuldenbremse“ und der „schwarzen Null“ bezahlen muss. Die Staatsschuldenquote konnte bis 2019 zwar wieder auf etwa 60% gesenkt werden. Erkauft wurde dies durch einen historischen Investitionsstau in Schulen, öffentlichen Freizeitangeboten, Straßen- und Schienennetz, unter dem wir alle zu leiden haben (genauer hierzu könnt ihr in unserer Bildungszeitung „Kapitaloffensive gegen die Jugend“ von 2018 nachlesen).

Die nun bereits angekündigten „Rettungspakete“ der EU sowie der Bundesregierung zeigen, dass es auch in der kommenden Krise wieder viel vom „Altbewährten“ richten soll. Bereits Ende März 2020 verlautbarte die Bundesregierung einen „Corona-Schutzschild“. Dieser umfasst unter anderem die Übernahme von Kreditgarantien für deutsche Konzerne bis zu einer Höhe von knapp 820 Mrd. € sowie 50 Mrd. € an Finanzhilfen für kleine Unternehmen und 100 Mrd. € für Kapitalmaßnahmen, d.h. z.B. die Übernahme von Anteilen kriselnder Großkonzerne. Ein Beispiel für solche Kapitalmaßnahmen ist die Übernahme von Lufthansa-Anteilen der Bundesregierung für rund 9 Mrd. €. Außerdem umfasst der „Schutzschild“ zahlreiche Steuererleichter-

ungen für Unternehmen. Ende Mai 2020 wurde zudem ein weiteres Konjunkturpaket beschlossen, das unter anderem durch eine vorübergehende Absenkung der Mehrwertsteuer den Konsum anregen soll. Bereits jetzt sind die angekündigten Maßnahmen historisch beispiellos: Noch nie wurde so schnell so viel Geld mobilisiert. Wenn es um die Rettung der Profite deutscher Konzerne geht, sind plötzlich endlose Summen vorhanden, während jahrelang angeblich kein Geld für ein durchfinanziertes Gesundheitssystem oder besser ausgestattete Schulen zur Verfügung stand. Frei nach dem Motto „Gewinne privatisieren, Verluste vergesellschaften“ werden deutsche Konzerne auch dieses Mal wieder durch Steuergelder gerettet werden.

Auch diese Krise wird von den Herrschenden genutzt werden, um bereits länger geplante Zumutungen gegen die arbeitenden Menschen durchzusetzen. Die Ausweitung der Kurzarbeit war bereits vor Corona in der Pipeline und auch die vorübergehende Aufhebung des 8-Stunden-Tages und der gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten zwischen zwei Arbeitseinsätzen sind ein weiterer Schritt in Richtung unternehmensfreundlicher „Flexibilisierungen“, für die Wirtschaftsverbände schon seit Jahren trommeln. Staatsmonopolistische Krisenbewältigung ist eben immer der altbekannte Zweiklang aus verstaatlichten Verlusten und Abbau von Arbeitsrechten.



# Kriegsgefahr und faschistische Bedrohung in der Krise

In der Krise sind jedoch nicht nur der Lebensstandard und die Arbeitsrechte der arbeitenden Bevölkerung sowie anderer werktätiger und nicht-monopolistischer Schichten bedroht. Die Krise spitzt die internationalen Verteilungskämpfe weiter zu. Insbesondere der wütende Widerstand der USA und der EU gegen den Aufstieg des großen Konkurrenten China birgt das Potential, neue Kriege auszulösen. Bereits jetzt führen die USA einen Handelskrieg gegen China und kommt es zu Konfrontationen zwischen dem westlichen Block und China bei der Erschließung des afrikanischen Kontinents. 1929 stand das kapitalistische Weltsystem schon einmal am Abgrund. Die „Selbstheilungskräfte“ der kapitalistischen Marktwirtschaft versagten und erst die massenhafte Vernichtung von Produktivkräften durch den verheerenden 2. Weltkrieg konnte diese Entwicklung beenden. Bedenkt man, dass die Möglichkeiten zur Systemstabilisierung auch heute an ihre Grenzen stoßen, ist ein neuer Weltkrieg keine völlig unrealistische Perspektive mehr.

Innerhalb Deutschlands hat die kurzfristig beschlossene Aussetzung von Grundrechten wie der Versammlungsfreiheit aufgezeigt, wie schnell erkämpfte demokratische Rechte angegriffen werden. Eine womöglich über mehrere Jahre andauernde Weltwirtschaftskrise birgt das Potential, dass die Werktätigen und die nichtmonopolistischen Schichten sich den Interessen des Monopolkapitals nicht mehr länger unterordnen wollen und sich beispielsweise gegen die Abwälzung der Krisenkosten wehren. Das Monopolkapital bereitet sich deshalb immer auch darauf vor, im Zweifel auf autoritärere Herrschaftsfor-

men zurückzugreifen. Wer das für übertrieben hält, werfe einen Blick in die USA, in denen Polizei und Militär aktuell, teils mit scharfer Munition, gegen Protestierende vorgehen. Die Voraussetzungen dafür sind auch in Deutschland längst geschaffen: Mit der „gemeinsamen Gefahrenabwehr“ stehen Bundeswehr, Reservistenkommandos, Geheimdienste und Polizei im Zweifel für die Aufstandsbe-kämpfung bereit.

Begünstigend ist diese Entwicklung vor allem wegen der Schwäche der politischen Linken in Deutschland insgesamt und unserer Bewegung im Besonderen. In einer Situation, in der Millionen kleine Selbstständige vor dem Ruin stehen und mindestens ebenso viele ArbeiterInnen um ihre Existenz fürchten müssen, ist es nicht die politische Linke und schon gar nicht die kommunistische Partei, die als radikale Widerstandsbewegung gegen dieses System wahrgenommen wird. Stattdessen findet die soziale Demagogie des Faschismus großflächigeren Nährboden. Ultrarechte und offene Faschisten erhalten starken Zulauf, wie die Wahlerfolge der AfD und jüngst die sogenannten „Hygienesemos“ rechter Verschwörungsideologen veranschaulichen. Diese Entwicklungen zeigen:



Faschistische Bewegungen dienen dazu und werden auch aktuell dazu aufgebaut, um Proteste in eine für das kapitalistische System ungefährliche Bahn zu lenken. Gleichzeitig geht es für das Monopolkapital potentiell immer auch darum, den Übergang für eine autoritärere oder gar faschisti-

sche Herrschaftsformen zu gewährleisten. In Deutschland steht sicherlich keine faschistische Machtübertragung unmittelbar bevor, doch demokratische Grundrechte stehen schon jetzt zur Disposition (siehe Bildungszeitung „Reaktionärer Staatsumbau“).

## Was tun?

Gerade jetzt, wo man uns erzählen will, dass wir alle den Gürtel enger schnallen müssten, während die Konzerne Milliardenbeträge bekommen und zahlreiche Menschen arbeitslos werden, ihren Lohn auf das Kurzarbeitergeld gekürzt werden oder sie keinen Ausbildungsplatz finden, müssen wir zeigen, dass genau das eben nicht in unserem Interesse ist. Statt im Rahmen der Sozi-

alpartnerschaft Entlassungen und Sozialabbau wenn überhaupt nur einschränken zu wollen, treten wir für eine Ausweitung der Arbeiterrechte und eine Rücknahme des Sozialabbaus ein. Statt massenhaft Leute auf die Straße zu setzen, während andere noch länger schufteten müssen, fordern wir Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die Rücknahme der Agenda 2010 und Personalbemessungen. In Schule, Betrieb, an



alpartnerschaft Entlassungen und Sozialabbau wenn überhaupt nur einschränken zu wollen, treten wir für eine Ausweitung der Arbeiterrechte und eine Rücknahme des Sozialabbaus ein. Statt massenhaft Leute auf die Straße zu setzen, während andere noch länger schufteten müssen, fordern wir Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, die Rücknahme der Agenda 2010 und Personalbemessungen. In Schule, Betrieb, an

der Hochschule und in der Kommune müssen wir an konkreten Punkten gegen die Angriffe, gegen die Abwälzung der Krisenlasten kämpfen, aber auch weitergehende Forderungen aufstellen: Gerade jetzt zeigt sich, dass für unsere Forderungen sehr wohl genug Geld da wäre – wenn wir es eben in unserem Interesse einsetzen würden und nicht im Interesse des Monopolkapitals. In der Krise tritt besonders deutlich zutage, dass der Kapitalismus verfault und überholt ist, dass er die Profite weniger auf Kosten der riesigen Mehrheit sichert und dass er seine Interessen mithilfe dieses kapitalistischen Staates durchsetzt. Deshalb müssen wir gerade jetzt aufzeigen, dass die Krise, die wir gerade erleben, wie zahlreiche vorherige Krisen eine kapitalistische Krise ist, dass wir das Übel an der Wurzel packen müssen, für eine gesamtgesellschaftlich geplante Gesellschaft, für den Sozialismus kämpfen müssen. Ein Bewusstsein über den Interessensgegensatz, Klassenbewusstsein in konkreten Kämpfen mit möglichst vielen Menschen zu schaffen ist dabei zugleich das beste Mittel, das wir haben, um Krieg und Faschismus in den Weg zu stellen.

## Stehen wir in der Krise alle zusammen?

Im März 2020 wurde das Anmelden von Kurzarbeit für Unternehmen gesetzlich erleichtert. Der Tarifvertrag COVID, den die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) und Ver.di im April ohne vorherige Diskussion unter den Gewerkschaftsmitgliedern abgeschlossen haben, ermöglicht Kurzarbeit erstmalig auch im Öffentlichen Dienst. Die DGB-Jugend fordert einen sogenannten „Schutzschirm für Ausbildungsplätze“, durch den Unternehmen, die trotz Corona und der aktuellen Krise Ausbildungsplätze anbieten, Zuschüsse vom Staat erhalten sollen.

All dies sind handfeste Beispiele für das Prinzip der Sozialpartnerschaft, hinter dem die Vorstellung steht, dass es eigentlich keine grundlegenden Widersprüche zwischen den Besitzenden und den Arbeitenden gibt – und dass diese in Krisenzeiten enger zusammenrücken müssen. In einer gemeinsamen Erklärung vom März 2020 von verschiedenen Ministerien, der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und dem DGB wird dieses Prinzip nochmal festgehalten, laut dem sich Sozialpartnerschaft historisch bewährt habe und Arbeitsplätze so „trotz Corona“ gesichert werden könnten.

Schauen wir uns historisch an, wie Sozialpartnerschaft funktioniert, drängt sich sofort das Beispiel des 1. Weltkriegs auf: Getreu dem Ausspruch Kaiser Wilhelms „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“ liefen damals zahlreiche sozialdemokratische Parteien auf die Seite ihrer Bourgeoisien über. Die Folgen für die Arbeiterklasse waren Ar-

mut und Elend, während die Sozialdemokratie die Kriegspolitik und das Abwälzen deren Kosten auf das Proletariat unterstützte und die Profite der Bourgeoisie explodierten.

Der vielgepredigte Zusammenhalt ist also nichts weiter als eine Farce, denn der Klassengegensatz verschwindet in der Krise nicht einfach, er tritt sogar noch schärfer hervor. Der Staat springt mit Steuergeldern für die Unternehmen in die Presche, während Belegschaften auf Lohn(-erhöhungen) verzichten müssen, damit die Wirtschaft geschont wird und dadurch angeblich Arbeitsplätze erhalten bleiben. Dass es kein Automatismus ist, dass eine florierende Wirtschaft mit einem hohen Lebensstandard der Bevölkerung einhergeht und umgekehrt, zeigt das Beispiel des Autobauers Voith im Allgäu: Obwohl die Firma schwarze Zahlen schrieb, wird dort das Werk geschlossen und ausgelagert, um am neuen Standort noch mehr Mehrwert aus den Arbeitern dort pressen zu können. Die Belegschaft streikte über 4 Wochen für einen vergleichsweise guten Sozialtarifvertrag. Hätten sie der sozialpartnerschaftlichen Ideologie gefolgt, dass man in der Krise zusammenstehen und nicht streiken darf, wären sie leer ausgegangen.

Die sich verschärfenden Widersprüche führen zu Unzufriedenheit und verstärkt die Kampfbereitschaft zur Abwehr der größten Schweinereien in den Belegschaften. Gelingt jedoch die Hemmung dieser Kampfbereitschaft durch den ideologischen Einfluss der Gewerkschaftsbürokratie und durch ein Fehlen von Netzwerken kämpferischer Gewerkschafter,

kann dies zu Resignation und Ellenbogenmentalität, Standortnationalismus und Rassismus führen.

Als Kommunisten müssen wir uns in den Gewerkschaften und Betrieben mit anderen kämpferischen Kollegen vernetzen und an historischen wie aktuellen Beispielen und durch das Verständnis des Charakters der Wirtschaftskrise klar machen, dass es kein gemeinsam durch die Krise geben kann. Der Freund der sozialpartnerschaftlichen Ideologie und unser Feind ist dabei die Stellvertreterpolitik. Klassenkampf wächst nicht allein im Versammlungsraum, sondern vor allem auch durch die gemeinsame Aktion und die Diskussion darum. Dabei dürfen wir uns nicht auf Abwehrkämpfe beschränken, sondern müssen die Abwehrkämpfe nutzen, um weitergehende Perspektiven, wie die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich aufmachen – gerade im Hinblick auf die massenhafte drohende Arbeitslosigkeit, die unsere Kampfkraft schwächt und die Arbeiterklasse spaltet. In Konsequenz bedeutet das, dass es nicht nur bei ökonomischen Forderungen bleibt, sondern dass die langfristige politische Losung, den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit als Grundwiderspruch zu erkennen im Vordergrund beizubehalten und die Forderung zum Sozialismus hochzuhalten ist.

Diese Verknüpfung von Theorie und Praxis zu gewährleisten ist die Aufgabe der Partei der Arbeiterklasse und ihrer Jugendorganisation.

## Werkzeugfragen

1. Was sind die hier beschriebenen Krisenmerkmale, die wir gerade erleben? Ergänzt diese um weitere Merkmale.
2. In welchem Verhältnis steht die Coronapandemie zur Krise? Wie lässt sich zeigen, dass es sich um eine zyklische, kapitalistische Krise handelt und nicht um eine, die durch Corona ausgelöst wurde?
3. Mit welchen Angriffen seitens der herrschenden Klasse sehen wir uns (international) konfrontiert? Welche Maßnahmen ergreift der Staat?

## Diskussionsfragen

1. Der DGB fordert gemeinsam mit Arbeitgebern ein Konjunkturprogramm, der IGM-Abschluss folgt der These, dass wir in der Krise alle den Gürtel etwas enger schnallen müssen. Wie können wir sozialpartnerschaftlicher Ideologie entgegenwirken? Was bedeutet es für unsere Arbeit in Gewerkschaften, wenn viele Arbeiter von der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Arbeitgeber nun enttäuscht sind?
2. Wie können wir es schaffen, der Abwälzung der Krisenkosten entgegenzutreten? Welche Forderungen eignen sich, wie lassen sich Kämpfe organisieren? Was bedeutet das konkret für unsere Arbeit in Schule, Betrieb, an unseren Lebensschwerpunkten?
3. Krisen bergen auch immer ein gewisses revolutionäres Potenzial – sollten wir uns also

nicht eigentlich freuen, dass das System, das wir bekämpfen, in eine Krise gerät?

4. Ist die staatliche Beteiligung an Unternehmen wie Lufthansa nicht ein Schritt hin zur Vergesellschaftung? Was heißt das über unsere Position zu Verstaatlichungen?

## Weiterführende Lektüre

- Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, [http://www.mlwerke.de/le/le22/le22\\_189.htm](http://www.mlwerke.de/le/le22/le22_189.htm)
- Marx: Das Kapital, [http://www.mlwerke.de/me/me23/me23\\_000.htm](http://www.mlwerke.de/me/me23/me23_000.htm)
- Varga: Die Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft
- SDAJ-Bildungszeitung „Krisen im Kapitalismus“ (2009), <https://www.sdaj.org/2017/01/08/9543/>
- SDAJ-Bildungszeitung „Reaktionärer Staatsumbau“ (2019), <https://www.sdaj.org/2017/01/20/reaktionaerer-staatsumbau-2019/>
- SDAJ-Grundlagenschule, <https://www.sdaj.org/material/grundlagenschule/>
- POSITIONS-Artikel zum Thema Staatsverschuldung (3-2020)
- Lucas Zeise: Finanzkapital – Papyrossa (2019)
- Eine Welt zu gewinnen (SDAJ): Was die Krise von 2007 über den Kapitalismus offenbart, Lucas Zeise
- BuVo-Referate zu Krise von Stefan Müller (10/19, 05/20)
- Autorenkollektiv: Lehrbuch Politische Ökonomie, UdSSR, Erscheinungsdatum vor 1955
- Grundwissen für junge Sozialisten (SDAJ), Was sind die Ursachen von Wirtschaftskrisen? (1980)